

Elfte Sitzung – Onzième séance

Donnerstag, 12. Juni 2008

Jeudi, 12 juin 2008

08.15 h

08.029

Freizügigkeitsabkommen. Weiterführung sowie Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien Accord sur la libre circulation. Reconduction et extension à la Bulgarie et à la Roumanie

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 14.03.08 (BBI 2008 2135)
Message du Conseil fédéral 14.03.08 (FF 2008 1927)

Ständerat/Conseil des Etats 28.04.08 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 28.04.08 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 28.05.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 28.05.08 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 02.06.08 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 05.06.08 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 10.06.08 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 11.06.08 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 12.06.08

Ständerat/Conseil des Etats 12.06.08 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12.06.08 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.08 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 13.06.08 (Schlussabstimmung – Vote final)

1. Bundesbeschluss zur Genehmigung der Weiterführung des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit

1. Arrêté fédéral portant approbation de la reconduction de l'accord entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses Etats membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes

Titel, Art. 1a, 1b, 2

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Jenny

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Titre, art. 1a, 1b, 2

Proposition de la Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Jenny

Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation

Art. 1d

Antrag der Einigungskonferenz

Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung spätestens vor der nächsten Erweiterung einen Bericht über die Auswirkungen der Weiterführung der bilateralen Verträge (insbesondere der Personenfreizügigkeit) sowie der flankierenden Massnahmen. Er unterbreitet der Bundesversamm-

lung Vorschläge für vertragliche oder autonome Verbesserungen, sofern dies im Interesse der Schweiz notwendig ist.

Antrag Jenny

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Art. 1d

Proposition de la Conférence de conciliation

Le Conseil fédéral soumet à l'Assemblée fédérale, au plus tard avant le prochain élargissement de l'UE, un rapport sur les effets de la reconduction des accords bilatéraux, et notamment de la libre circulation des personnes, ainsi que sur les effets des mesures d'accompagnement. Dans le même temps, il lui soumet une série de propositions visant à apporter des améliorations non seulement aux accords mais également aux mesures d'accompagnement, pour autant que ces propositions soient nécessaires dans l'intérêt de la Suisse.

Proposition Jenny

Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation

2. Bundesbeschluss zur Genehmigung und Umsetzung des Protokolls über die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft sowie ihren Mitgliedstaaten andererseits auf Bulgarien und Rumänien

2. Arrêté fédéral portant approbation et mise en oeuvre du protocole relatif à l'extension de l'accord entre la Confédération suisse, d'une part, et la Communauté européenne et ses Etats membres, d'autre part, sur la libre circulation des personnes à la Bulgarie et à la Roumanie

Antrag der Einigungskonferenz

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Jenny

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

Proposition de Conférence de conciliation

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Jenny

Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation

Marty Dick (RL, TI), pour la commission: La Conférence de conciliation a tenu tout à l'heure sa séance et vous pouvez voir dans le dépliant qui vient d'être distribué quel est le résultat de ses travaux. La position du Conseil des Etats s'est imposée, dans le sens que l'on a décidé de proposer un seul arrêté fédéral, pour toutes les raisons qui vous ont déjà été expliquées lors des débats précédents.

L'article 1d adopté par le Conseil national a été modifié. Le Conseil national prévoyait de tenir une votation dans sept ans. La proposition de la Conférence de conciliation est de dire qu'au plus tard lors de la prochaine extension de l'Union européenne, le Conseil fédéral établira un rapport complet sur les conséquences et sur les résultats de la libre circulation. Cela signifie que le peuple suisse pourra se prononcer pour savoir s'il veut oui ou non reconduire la libre circulation avec la Communauté européenne, qui compte aujourd'hui 27 Etats.

Le peuple suisse aura en outre l'occasion – comme par le passé d'ailleurs – de se prononcer sur la reconduction de la libre circulation à chaque fois que la Communauté européenne admettra un nouvel Etat. La prochaine échéance pourrait déjà être en 2010, avec la Croatie; deux à quatre ans plus tard, cela pourrait être le tour de la Serbie. Le peuple suisse aura donc à chaque fois amplement l'occasion de se prononcer sur l'Accord de libre circulation.

Je vous invite donc à accepter la proposition de la Conférence de conciliation.

Reimann Maximilian (V, AG): Die unterlegene Minderheit bedauert diese Pakettlösung. Ich persönlich war immer für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit, aber bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich mir ein derartiges politisches und staatsrechtliches Diktat nicht bieten lassen kann und nicht bieten lassen will – ein Diktat, das dem Volk verbietet, zu zwei verschiedenen Sachfragen getrennt Stellung zu nehmen, wie es uns auch der Bundesrat vorgeschlagen hat.

Ich sehe deshalb für mich keine andere Lösung, als die Pakettlösung abzulehnen und dann allenfalls das Referendum zu unterstützen, auf dass wir das Abkommen mit Rumänien und Bulgarien nochmals überarbeiten und verbessern können.

Briner Peter (RL, SH): Die Einigungskonferenz hat sich relativ knapp für den einen, integralen Beschluss entschieden; das Stimmenverhältnis lautete 15 zu 11. Wir haben versucht, die Argumente für zwei getrennte Beschlüsse nochmals aufzurollen; die Argumente sind für beide Seiten klar. Für mich als Verfechter von zwei Beschlüssen, der nun im ganzen Ritual immer unterlegen ist, bedeutet das, dass ich mich auch mit diesem integralen Beschluss ganz klar mit der Freizügigkeit gegenüber der EU – und zwar sowohl mit der Bestätigung der bisherigen wie auch mit der Erweiterung – identifiziere. Ich lade die unterlegene Minderheit ein, sich mit allen Kräften für die Personenfreizügigkeit einzusetzen und sich halt nun dem Entscheid für einen einzigen Beschluss zu fügen.

Die Mehrheit trägt natürlich eine Verantwortung für diesen Beschluss, und ich rufe sie auf, diese Verantwortung in der Kampagne auch zu übernehmen.

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Anträge schriftlich einzureichen sind. Ich bitte Herrn Reimann, mir einen allfälligen Antrag schriftlich zuzustellen, damit wir die Formalitäten einhalten.

Germann Hannes (V, SH): Ich schliesse in dem Sinne an das Votum meiner Vorredner an, als mir das verfassungsmässige Recht auf eine unverfälschte Stimmabgabe genommen wird – ich beharre darauf. Die Entscheide über die beiden Beschlüsse, das hat Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf am Schluss der letzten Ratssitzung, als wir das Thema behandelten, ausdrücklich gesagt, hätten nicht dieselben Auswirkungen. Darum ist aus meiner Sicht über zwei Beschlüsse gesondert abzustimmen, weil man sonst dem Stimmvolk ein politisches Recht nimmt: das in der Verfassung gewährleistete Recht darauf, differenziert, eben unverfälscht, seine Meinung äussern zu können. Gerne nehme ich auch die Mehrheit in die Verantwortung: Sie hat die Verantwortung für dieses Vorgehen zu übernehmen. Wir bringen das Volk um die Möglichkeit, gesondert abzustimmen. Das kann ich nicht mittragen, obwohl ich persönlich bis jetzt sowohl für die Personenfreizügigkeit als auch für den ersten grossen Erweiterungsschritt eingestanden bin.

Ich lasse mir dieses Recht nicht nehmen; und ich möchte Sie bitten, Herr Präsident, dass Sie uns die Möglichkeit geben, darüber abzustimmen. Ich werde Ihnen das gerne auch schriftlich nachreichen, aber ich denke, dass wir auch ohne Weiteres in der Lage sind, das so zu tun. Wenn Sie das so akzeptieren können, würde ich den Antrag gerne schriftlich nachreichen.

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Ich lese Ihnen Artikel 38 Absatz 1 unseres Geschäftsreglementes vor: «Ein Antrag ist der Präsidentin oder dem Präsidenten schriftlich und in der Regel vor der Beratung des betreffenden Beratungsgegenstandes einzureichen.» Hier liegt der Fall vor, dass man diesen Antrag auch nach Beginn der Sitzung einreichen kann, weil der Antrag der Einigungskonferenz erst spät verteilt worden ist. Der Antrag muss aber schriftlich vorliegen. – Man hat das inzwischen nachgeholt und mir diesen Antrag schriftlich eingereicht. Nun kann auch darüber abgestimmt werden. Ich verstehe die ganze Aufregung nicht.

Widmer-Schlumpf Eveline, Bundesrätin: Der Bundesrat hat Ihnen eine Botschaft bzw. eine Vorlage mit zwei Bundesbeschlüssen unterbreitet. Wir haben ausgeführt, warum: Wir wollten eine differenzierte Abstimmung möglich machen, im Wissen darum, dass diese beiden Abstimmungen materiell zusammenhängen. Das wurde auch nie bestritten.

Die Einigungskonferenz hat sich nun für einen einzigen Bundesbeschluss ausgesprochen. Dem Bundesrat ist es – wie auch immer Sie entscheiden – ein Anliegen, dass wir uns miteinander für die Weiterführung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit einsetzen. Das ist wichtig für unser Land, das ist wichtig für unsere Wirtschaft.

Ich bitte Sie, welches auch immer das Resultat sein wird: Entscheiden Sie, und dann stellen wir uns alle hinter diesen Entscheid.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 32 Stimmen

Für den Antrag Jenny ... 6 Stimmen

05.053

IV. Zusatzfinanzierung

AI. Financement additionnel

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 22.06.05 (BBI 2005 4623)

Message du Conseil fédéral 22.06.05 (FF 2005 4377)

Nationalrat/Conseil national 19.03.07 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 20.03.07 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 18.12.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 18.12.07 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 18.03.08 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 19.03.08 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 27.05.08 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.06.08 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 05.06.08 (Differenzen – Divergences)

Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 11.06.08

Nationalrat/Conseil national 11.06.08 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 12.06.08 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 13.06.08 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 13.06.08 (Schlussabstimmung – Vote final)

2. Bundesgesetz zur Sanierung der Invalidenversicherung

2. Loi fédérale sur l'assainissement de l'assurance-invalidité

Art. 2

Antrag der Einigungskonferenz

Abs. 1, 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

Um die Schulden der Invalidenversicherung nach Artikel 1 Absatz 2 abzubauen, wird während des Zeitraums der befristeten Mehrwertsteuererhöhung der Betrag, um den das Kapital des IV-Ausgleichsfonds am Ende des Rechnungsjahres das Startkapital von 5 Milliarden Franken übersteigt, jährlich an den AHV-Ausgleichsfonds überwiesen.

Art. 2

Proposition de Conférence de conciliation

Al. 1, 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

En vue d'une réduction de la dette de l'AI visée à l'article 1 alinéa 2, le montant du capital du fonds de compensation de l'AI excédant, à la fin de l'exercice, le capital initial de 5 milliards de francs est versé chaque année au fonds de compen-